

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

57 (8.3.1922)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Verlagspreis: Durch unsere Träger zugestellt 14 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 14 M; in der Geschäftsstelle und bei unseren Karlsruher Abolagen abgeholt 12,50 M monatlich. — Einzelhefte 60 S
Ausgabe: Werktags mittags, Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: 6.50 M; Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.
Anzeigen: Die einseitige Kolonelle 220 M. Die Vielseitige bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Rathenaus Programm für Genua

Br. Berlin, 7. März. Im Hauptauschuss des Reichstags sprach der Reichsminister des Innern Dr. Rathenau bei Beratung des Haushaltsplanes seines Ministeriums zunächst die drei Auffassungen, die gegenüber dem Reparationsproblem in Deutschland erkennbar waren und betonte dann, er habe in seiner Rede im Reichstage über das Reparationsproblem erklärt, daß das Maß der Erfüllung gegeben sei, durch die Frage, wie weit man ein Volk in Not geraten lassen dürfe. Dieses „dürfen“ habe er unterrichtet und unterrichtet es nochmals, denn darin sei die sittliche Verpflichtung mit enthalten, nur bis zu dem Punkte zu gehen, den der Staatsmann verantworten könne. Jede andere Auslegung dieser Worte sei ein Mißverständnis oder böswillig. Die Erfahrung hat dann gezeigt, daß die Fragestellung: „Möglichkeit oder Unmöglichkeit der Erfüllung?“ für das Reparationsproblem überhaupt nicht von ausschlaggebender Bedeutung ist. Vielmehr hat sich ergeben, daß eine weitere Frage bedeutend stärker hervortritt, nämlich die, wie weit eine Reparationsleistung Deutschlands überhaupt für die übrigen Völker erträglich sei; denn die auf den Weltmarkt gebrachte Zwangsarbeit eines Landes führe dazu, den gesamten Markt der Erde zu zerkleinern. Psychologisch habe sich das Vorgehen der Regierung als richtig erwiesen. Die Sprache der Ratgeber sei so stark gewesen, daß heute in allen Ländern das Reparationsproblem von neuem studiert werden müsse. Gerade in diesem Augenblick schwebten Verhandlungen darüber, in welchem Maße die Reparationen für 1922 begrenzt werden sollen.

Im weiteren Verlaufe führte Minister Dr. Rathenau aus, daß notwendigerweise die zersetzten Gebiete Frankreichs wieder hergestellt werden müßten. So lange sie als Wüsten zwischen Deutschland und Frankreich bliebe, werde sie als ein Symbol der Spaltung zwischen den Völkern bleiben. Während das Ergebnis von Wiesbaden den berechtigten Erfolg nach außen hin gezeigt habe, sei es im Innern zum Anlaß einer schweren Agitation und Kontroverse und nicht nur gegen die Sachleistungen geworden. Die Argumentation, die dieser Kontroverse zur Unterlage diente, machte es jedoch jedem Unvoreingenommenen klar, daß es weniger wirtschaftliche als politische Fragen waren, die die große innerpolitische Agitation gegen Wiesbaden hervorrief. Das Ergebnis von Cannes sei kein negatives gewesen, wenn auch infolge der Amtsniederlegung des französischen Ministerpräsidenten die Konferenz nicht zu Ende geführt werden konnte.

Weiter erklärte Rathenau, daß er nie erwartet habe, es könne einem aus 40 gemeinsam am Friedensvertrag beteiligten Nationen bestehenden Gremium, wie es die Konferenz von Genua darstelle, das Reparationsproblem und der Versailles Friedensvertrag zur Beschlußfassung unterbreitet werden. Dazu sei Genua niemals der Ort gewesen, wohl aber werde die Möglichkeit gegeben sein, daß in Genua die allgemeinen Ursachen der Weltzertränkung erörtert werden und daß die Nationen gemeinschaftlich nach solchen Wegen suchen, die zu einer Gesundung des ganzen Kontinents führen. Praktisch werde Genua das erste Glied einer Serie von Konferenzen sein, die voraus-

setzlich dieses Jahr und das nächste Jahr in Anspruch nehmen werden. Die Konferenz gebe uns die Möglichkeit mündlicher Aussprache und des persönlichen Kontaktes mit den Staatsmännern unserer Nachbarvölker und dieser Weg sei unter allen Umständen dem Austausch von Noten vorzuziehen.

Was die Entwicklung des Reparationsproblems selbst betreffe, so werde das hierfür zuständige Gremium voraussichtlich die Reparationskommission bleiben. Zunächst könne es sich nur um provisorische Lösungen handeln, denn auf der einen Seite sei ein gewaltiges Geldbedürfnis seitens empfangsberechtigter Staaten vorhanden, auf der anderen sei die Zahlungsmittelkraft Deutschlands — besonders in Barmitteln — außerordentlich begrenzt. Die Defizitzahlungen von 31 Millionen, die als Vorprovisorium für die ersten Monate dieses Jahres uns auferlegt seien, haben bereits den Wechselkurs im starken Maße zu Ungunsten Deutschlands beeinflusst. Man dürfe sagen, daß die deutsche Leistungsfähigkeit in Vorzahlungen direkt ihr Maß finden in der Bewertung des Dollars an der Berliner Börse. Einmal jedoch müsse auch einseitig der provisorischen Regelung die endgültige eintreten. Das Reparationsproblem sei nur ein Teilproblem innerhalb des allgemeinen Weltwährungsproblems. Die Weltwährungsfrage umfasse Europa und Amerika gemeinschaftlich; die meisten Länder seien Gläubiger und Schuldner zugleich, nur wir seien ausschließlich Schuldner. Wenn es gelänge, dieses Problem einer verträglichen Lösung zuzuführen, so sei damit auch die Lösung der deutschen Reparationen ermöglicht.

Aber dies könne kaum anders als unter dem Einzutreten Amerikas gelingen. In diesem Falle werde vielleicht mit Hilfe aller europäischen und außereuropäischen Kapitalmärkte eine große Anleihe von Deutschland aufgenommen werden, um seine Gläubiger zu befriedigen. Der Kreditwährungsstand in Deutschland händel aber zurzeit die Bedingungen des Versailles Friedensvertrages entgegen. Darüber habe sich niemand deutlicher ausgesprochen, als der Leiter der Bank von England. Ob Genua zu einem Markstein werden wird, sei auch davon abhängig, wie sich Amerika zu Genua verhalte. Durch seinen Eintritt in den Krieg habe Amerika den Krieg entschieden; durch sein Eintreten in den Frieden habe Amerika den Frieden entschieden und durch seinen Eintritt in die Weltprobleme der Verschuldung und der Sanierung würde Amerika in der Lage sein, die Weltentwicklung in wirtschaftlicher und friedensbringender Richtung zu entscheiden. Der, der den Krieg und Frieden entschieden habe, trage auch für das Wohlergehen der Völker, deren Schicksal hierdurch bestimmt wurde, eine Verantwortung.

Der Minister erklärte zum Schluß, er glaube, daß in Genua der Boden für die Erörterung wirtschaftlicher Grundfragen vorbereitet sei. Wenn wir auch noch immer weit vom wirklichen Frieden entfernt seien, so ist doch die Hoffnung vorhanden, daß der wirtschaftliche Friede der Welt herannahe.

Eröffnung der Konferenz am 10. April

Br. Paris, 7. März. Die italienische Regierung hat nunmehr ihre Zustimmung zur Eröffnung der Konferenz in Genua am 10. April gegeben.

Abermals: eine notwendige Klärung

Genosse Dr. Volke hat sich gestern sehr eingehend mit der unsozialen Gestaltung der Besoldungsordnung befaßt. Wir stimmen natürlich durchaus der Tendenz seiner Darlegungen zu, die auf eine Besserstellung der Bezüge der unteren Beamten-Gruppen hinausläuft. Und wir geben ihm Recht, wenn er den einzigen Gruppenaufbau für schädlich und unhaltbar hält. Wir haben schon früher und mehrfach im „Volkshfreund“ dem Ausdruck gegeben und gehen einen Schritt weiter, indem wir sagen, daß u. U. die heutigen Löhne der Staatsarbeiter einfach unhaltbar geworden sind. So sind z. B. die Stundenlöhne, die durchschnittlich in der Karlsruher Hauptwerkstätte gezahlt werden, weit hinter denen in der Privatindustrie zurück, wobei niemand behaupten wird, daß angesichts der rasend steigenden Teuerung in der Privatindustrie irgendwo zu hohe Löhne gezahlt werden. Tritt speziell bei den Eisenbahnarbeitern nicht recht bald eine Besserung zum Besseren ein, sind wahrscheinlich Komplikationen unvermeidlich.

Aber eins halten wir für unmöglich: nämlich daß in absehbarer Zeit alle — wenn auch noch so berechtigten und verständlichen — Wünsche der Beamten finanziell erfüllt werden können. Weil selbst bei rückwärtsloster Anziehung der Steuerfahne, sowohl gegenüber den Besitzenden wie Nichtbesitzenden, die erforderlichen Mittel nicht herauszuquetschen sind. Was nur immer möglich ist, muß für die Besserstellung besonders der nachstehenden Beamtengruppen getan werden, aber wir lehnen es ab, ihnen vorzutäuschen, als liege es nur an dem mangelnden Verständnis oder an dem bösen Willen der Regierung und des Parlaments, wenn alle die gehegten Wünsche nicht erfüllt werden.

Aber um alles das handelt es sich bei unserer Auseinandersetzung mit dem Genossen Dr. Volke gar nicht, so ungemein interessant es natürlich auch für uns und unsere Leser sein mag, Volkes Ansichten über Gehaltsfragen kennen zu lernen und von ihm darüber belehrt zu werden, warum Jesus von Nazareth den Opfertod gesucht, aus welchen Beweggründen Goethe seinen Faust geschrieben und Herr Dr. Rathenau einen Ministerposten übernommen hat. Schriftliche und mündliche Auslassungen des Genossen Dr. Volke zwingen uns, ihm die ganz präzis und unmöglich mißzuverstehende Frage vorzulegen, er möge die öffentlich gegen die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erhobenen Beschuldigungen auch öffentlich beweisen.

Aber, statt der doch gemäß gebotenen Beweisführung irgend wie zu genügen, stellt uns Genosse Dr. Volke die historischen Gestalten von Jesus von Nazareth und Goethe, sowie den Zeitgenossen Dr. Rathenau vor und — helfe, was helfen mag — beschwört dazu noch den „heiligen Geist des Sozialismus“.

Um was handelt es sich aber?

Genosse Dr. Volke hat ohne jede Einschränkung in einer Versammlung der Karlsruher Geistesarbeiter gesagt:

„Die Parlamentsmitglieder müßten den Gehaltsfragen der unteren und mittleren Beamten dasselbe Verständnis entgegenbringen, wie ihrer eigenen Gehaltsregelung...“
In der Versammlung des Karlsruher Sozialdem. Vereins hat Genosse Volke ganz ähnlich lautende Bemerkungen gemacht, nachdem er schon vorher in einem Artikel in der „Freiburger „Volkswacht“ (Nr. 40 vom 16. 2. 22) erheblich deutlicher geworden ist. Dort „schämt“ sich Genosse Volke, daß auch unsere Abgeordneten die Besoldungsordnung bewilligt haben und er betont, daß es für solche „Sünden wider den heiligen Geist des Sozialismus keine mildernden Umstände gebe“. Weiter spricht dann in dem Artikel Dr. Volke davon, daß „unsere Abgeordneten für sich selbst auskömmlich geforgt haben“ und sagt dann im übernächsten Absatz wörtlich:

„Man hat manchmal den Eindruck, als wenn jeder dächte: Staat und Stadt sind doch bankrott bald, nehme jeder, was er noch kriegen kann. Die Maskeier kriechen über dem sterbenden Staat...“

Da Genosse Dr. Volke wiederholt in dem Artikel vor „unsere“ Abgeordneten spricht, also als Sozialdemokrat, der in einem sozialdemokratischen Blatte schreibt, die sozialdemokratischen Abgeordneten meinen muß, so forderte der Volkesche Artikel zum Widerspruch und zu dem Anspruch heraus, Volke möge auch beweisen, was er behauptet hat. Es ist ja so charakteristisch, daß Genosse Dr. Volke bei der Niederschrift des angezogenen Artikels selbst einen Augenblick das Gefühl gehabt hat, mit seinen Beschuldigungen in die deutschnationale Agitationspropaganda geraten zu sein. Denn am Schlusse des Absatzes, in dem er den so herrlichen Vergleich mit den „Maskeiern“ zieht, ruft er selbst wörtlich aus:

„Doch, geraten wir da nicht in die Sprachweidheit der Deutschnationalen? Da müßten wir doch einen Trennungsfrieden ziehen...“

Jawohl, Genosse Dr. Volke, es tut uns bitter leid, Ihnen sagen zu müssen, daß Sie durch die Art, wie Sie die Abgeordneten beschuldigt haben, tatsächlich in die „Sprachweidheit“ der Deutschnationalen hineingeraten sind, nur mit der Einschränkung, daß Sie gleichzeitig auch noch die „Sprachweidheit“ der Kommunisten dazu genommen haben. Was wie folgt bewiesen wird:

Genosse Dr. Volke wendet sich in dem Artikel gegen den Einwand, daß man die höheren Beamten hoch bezahlen mußte, weil sie sonst zur Privatindustrie gehen. Und da meint der Genosse Dr. Volke:

„... wenn Großbanken und Industriefongerne Phantastengehälter zahlen können, so zeigt das nur, daß unsere Abge-

Eine ruchlose Unternehmertat in Baden-Baden Proteststreik der Baden-Badener Arbeiterchaft

Baden-Baden, 8. März. (Telephonische Meldung.) Als am Montag nachmittags der Sekretär des Bauarbeiterverbandes, Gen. August Basse, die Baustelle des Bauunternehmers Ernst Wassermaun besuchte, schlug ihm nach kurzem Wortwechsel Wassermaun von hinten über den Hinterkopf mit einem Beiseisen. Der Schlag war so wuchtig, daß Basse sofort bewußtlos zusammenbrach. Die Wunde ist von außerordentlicher Tiefe und Länge. Ueber das Schicksal des Geschlagenen, der noch nicht vernünftungsfähig ist, kann noch nichts bestimmtes gesagt werden.

Die freien Gewerkschaften Baden-Badens haben beschlossen, heute mittags 12 Uhr in einen mehrkündigen Generalstreik einzutreten als Antwort auf den rohen ruchlosen Angriff des Unternehmers Ernst Wassermaun. Die Baden-Badener Arbeiter erklärten in der barbarischen Handlung Wassermauns zu gleicher Zeit einen Angriff auf ihre Organisation.

Das schwere Mißgeschick, das den Genossen Basse ereifte, wird weit über unsere enge Heimat hinaus, speziell aber in der Karlsruher Arbeiterchaft lebhaftes Mitgefühl auslösen. Gen. Basse, der vor seinem Wegzug nach Baden-Baden in Karlsruhe tätig war, ist den meisten Partei- und Gewerkschaftsgenossen bekannt, die ihn als einen braven und eifrigen Mitkämpfer schätzen und die von Herzen wünschen, daß dem Genossen kein gesundheitlicher Nachteil aus dem Unfall, den er im Dienste der Arbeiterchaft erlitt, erwächst. Diese Brutalität ist ein kleines Kennzeichen der Seelenverhärtung der Unternehmer speziell im Baugewerbe der Arbeiterchaft gegenüber. Die Herren möchten nicht nur die Gewerkschaftsführer, sondern die ganze Arbeiterorganisationen einschlagen. Die Arbeiterchaft wird sich aber zu wehren wissen und den Kampf zur Abwehr solcher Mißgeschicke zu führen wissen.

Die Gewerkschaften für sofortige Erhöhung der Grundgehälter

Am 10. März Beginn der Verhandlungen

Am 8. März übermittelten die in den 5 Spitzenorganisationen Allgemeine Deutscher Gewerkschaftsbund, Afabund, Deutscher Beamtenbund, Deutscher Gewerkschaftsbund und Gewerkschaftsring vereinigten Verbände, soweit sie Reichs-, Staats-, Kommunalbeamte und Arbeiter vertreten, der Reichsregierung eine schriftliche Eingabe, in der mit Rücksicht auf die gewaltige fortschreitende Teuerung sofortige Verhandlungen über eine angemessene Erhöhung der Grundgehälter und Grundlöhne des Personals der Reichs-, Staats- und Kommunalbetriebe gefordert wird. In der Eingabe werden keine ziffernmäßigen Forderungen aufgestellt, dagegen wird gesagt:

Die Gewerkschaften behalten sich vor, zu Beginn der noch festzusetzenden Verhandlungen ihre Vorschläge vorzulegen und entsprechend zu begründen. Mit Rücksicht auf die unter den Beamten und Arbeitern vorhandene große Erregung wird ein rasches Handeln und die sofortige Festsetzung des Verhandlungstermins verlangt.

Die Reichsregierung hat inzwischen den Verhandlungstermin auf Freitag, den 10. März, festgesetzt. Zurzeit finden in den beteiligten Verbänden Beratungen über die Höhe der zu stellenden Forderungen und das taktische Zusammenarbeiten statt. Allen Anschein nach wird auch diesmal die Einheitsfront zwischen den fünf Spitzenorganisationen hergestellt werden.

Belgien fordert neue Truppenlager im Rheinland

Köln, 7. März. Die belgische Besatzungsbehörde fordert im Rheinland die Errichtung von weiteren vier großen Truppenlagern bei den Städten Wetz, Hochmerrich, Buderich und Nijm. Diese Lager, die bis zum 1. Oktober 1922 fertiggestellt sein sollen, erfordern einen Kostenaufwand von mindestens 310 Millionen Mark.

meine Auffassungen in seiner Mannheimer Rede neue Beweise zu erbringen. Die von ihm gelehrte Art der Demokratie war uns bisher unbekannt. Es entspricht der Wirklichkeit, daß der Staatspräsident inoffizieller Zentrumsminister ist. Ich muß nach dieser Rede bekennen, daß die Demokratie selbst bei offiziellem Vertreter der Demokratie wenig beliebt ist. In der Beschränkung des Wahlrechts finden sich Herr Dr. Hummel und Herr Dr. Schöfer (Abg. Dr. Föhr (Str.): Sie sind ja selbst kein Demokrat). Aber ich will Ihnen einen Demokraten vorstellen, der keiner ist. Der Staatspräsident hat in seiner Rede die Demokratie nicht an die Form der Republik gebunden. Wenn das die neue Demokratie ist, dann kann man die Artikel über sie kaum als Retrolage bezeichnen. Wir können die Mannheimer Rede des Staatspräsidenten nicht als harmlos bezeichnen. Die Auffassungen wirklicher Demokraten stehen in grossem Widerspruch mit den exzentriscen Auffassungen des Staatspräsidenten. Wir sehen im Staatspräsidenten eine überflüssige Dekorationssfigur.

Abg. Dr. Schöfer (Str.) erklärt beim Beschluß des Haushaltsausschusses zu bleiben, über den Vorschlag des Staatsministers keine Debatte vorzunehmen.

Das Gesetz des Staatspräsidenten wird mit allen gegen die 5 Stimmen der Kommunisten und Unabhängigen angenommen.

Der Vorschlag des Staatsministers wird mit allen gegen die 5 Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten genehmigt.

Vorschlag des Ministeriums des Innern
Abg. Schmitt-Karlsruhe (Str.) berichtet über den Vorschlag des Ministeriums des Innern und beantragt dessen Annahme im Sinne der Ausschussbeschlüsse. Bei Behandlung des Entwurfsentwurfs war sich die Mehrheit des Ausschusses in dessen Beurteilung einig. Dagegen wurde allerdings auch auf die Mängel der Vorberatung hingewiesen. Die Fassung der Beschlüsse beim Streit wurde als richtig bezeichnet. Beim Voll Amtmann Baumann scheint noch das Verfahren, so daß hier noch kein Abschluß vorliegt.

Nächste Sitzung: Mittwoch früh 9 Uhr.
Tagesordnung: 8. Nachtragetat und Generaldebatte über den Vorschlag des Ministeriums des Innern.
Schluß der Sitzung: 1/2 11 Uhr.

Badische Politik

Regimentsfeier

Die amtliche „Karlsruher Zeitung“ schreibt:
Nach Pressemeldungen zu schließen, werden für diesen Sommer in badischen Lande eine Anzahl von Regimentsfesten vorbereitet. Damit im Zusammenhang wird es wieder zu politischen Exzentrismen kommen. Hält man sich an die Rechtslage, dann lassen sich diese Exzentrismen recht leidenschaftlos pflegen. Artikel 123 Abs. 1 der Reichsverfassung sagt nämlich:
„Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung und ohne besondere Erlaubnis friedlich und unbewaffnet zu versammeln.“

Artikel 124 spricht davon, daß alle Deutschen das Recht haben, zu Versammlungen, die den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, Vereine oder Gesellschaften zu bilden. Dieses Recht kann nicht durch Vorbeugungsmaßnahmen beschränkt werden.“

Als im vorigen Jahre das badische Ministerium des Innern unmittelbar nach Ermordung Erzbergers zum Verbot der Regimentsfeier schritt, stützte es sich auf Artikel 123, Abs. 2 der Reichsverfassung, in welchem es heißt:

„Versammlungen unter freiem Himmel können durch Reichsgesetz anmeldepflichtig gemacht und bei unmittelbarer Gefahr für öffentliche Sicherheit verboten werden.“

„Für den Fall außerordentlicher Vorkommnisse, welche die Sicherheit der Personen und des Eigentums schwer bedrohen, bleibt . . . der Verwaltungsbehörde vorbehalten, vorübergehende Anordnungen zu treffen. Solche Anordnungen verlieren jedoch ihren Ablauf nach 4 Wochen ihre Wirksamkeit.“

In der 63. Sitzung des badischen Landtages vom 22. September 1921 führte der Minister des Innern, K e m m e l e, in Beantwortung einer „Formidlichen Anfrage“ wegen des Verbotes der Regimentsfeier aus:

„Die badische Regierung hat nicht die Absicht, Regimentsfeier für alle Zeiten zu verbieten; lediglich der Gesichtspunkt, daß außerordentliche Umstände außerordentliche Maßnahmen erfordern, hat bei dem angeführten Verbot Veranlassung gegeben. Sobald wieder politische Ruhe eingetreten ist und sofern — was ich ausdrücklich unterbreite — die Veranstalter von Regimentsfesten dafür Sorge tragen, daß bezügliche Feste im Rahmen des ihnen zugeordneten Selbstzwecks abgehalten werden, wird die Regierung diese wieder dulden.“

Es ist richtig und selbstverständlich, daß Versammlungen, die in Gestalt von Regimentsgedenken einberufen werden, nicht dauernd verboten werden können. Die außerordentlichen Umstände, die im vorigen Jahre nach der Ermordung Erzbergers herrschten, forderten dagegen gebieterisch ein Verbot solcher Regimentsfeiern. Das ist auch in Baden geschehen. Wenn in nächster Zeit nun solche Feste abgehalten werden, so machen wir schon heute die Veranstalter darauf aufmerksam, daß es zu ersten Konflikten mit der Arbeiterbewegung kommen müßte, wenn die Veranstaltungen zu monarchistischen Demonstrationen oder gar zu provokatorischen Kundgebungen ausarten sollten. Im übrigen duldet selbstverständlich die Arbeiterbewegung auch die Versammlungsfreiheit des anderen Volksgenossen. Die Veranstalter und Teilnehmer an Regimentsfesten werden daher gut tun, alles zu unterlassen, was zu Komplikationen führen könnte.

Die badischen Abgeordneten und das Reichswahlgesetz
Bei der namentlichen Gesamtstimmung des Reichstages in der dritten Sitzung des „Gesetzes über Regelung der Reichswahlbildung“ (Reichswahlgesetz) nahmen die 16 badischen Mitglieder des Reichstages die folgende Stellung ein: Es stimmten für die Vorlage die drei Sozialdemokraten Deslar, Graf, Hebrich und Dr. Wirth und die Unabhängigen Ad. Graf, Hebrich und Schwarz (zusammen 6); gegen die Vorlage: der Abg. Volksparteier Dr. Carius, der Demokrat Dr. Haas, der Sozialdemokrat Dr. Dieringer und Pfister und der Zentrumsdemokrat Dr. Damm (zusammen 5); gefehlt haben der Demokrat Dietrich und die Zentrumsdemokraten Dies und Krenn (zusammen 3). Das Gesetz wurde bei 369 abgegebenen gültigen Stimmen mit einer Mehrheit von 203 gegen 165 angenommen; ein Abgeordneter enthielt sich der Abstimmung.

Der Haushaltsauschuss und der 6. Nachtrag
Die Beratung erfolgte am Montag nachmittag. Zu erwähnen ist daraus, daß die Sozialdemokratie bei den baulichen Anforderungen auch diesmal erüchtete, um dem steigenden Preisen der Baumaterialienpreise einigermaßen begegnen zu können, nicht Leistungsleistungen zu verlangen, sondern die gesamte Kaufsumme. Die beantragten Bauten in Wühl, Laß, Bellingen,

Konstanz, Stühlingen, Pforzheim, Schwellingen und Mannheim wurden genehmigt.

Eine größere Debatte entspann sich erst bei den zwei Positionen: Beitrag zu den Kosten der Erzählung, Kanjlet 80.800 M. und Gewährung von Teuerungszulagen an die Geistlichen aller Bekenntnisse, 7.082.000 M. Da die Parteien in ihren Positionen den 6. Nachtrag noch nicht vorbereitet konnten und diese Beträge hinsichtlich der Rechtslage angefordert wurden, vertagte man die endgültige Abstimmung auf Dienstag nachmittag. Aber über das Verhältnis der Kirche zum Staat, über gegenwärtige Rechte und Pflichten wurden recht interessante Ausführungen, insbesondere von einem Zentrumsdemokraten, der auf diesem Gebiete auch schriftstellerisch tätig ist, gemacht. Als Empfänger der angeforderten Teuerungszulagen kommen in Betracht von der katholischen Kirche 1108, von der protestantischen Kirche 708, von den Alt Katholiken 20, von den Juden 10, von den Freireligiösen 2 Geistliche. Von einer Seite wurde von freireligiösen Leistungen gesprochen, das wurde von Zentrumsdemokraten bestritten; es kamen 408 gegen. Kompetenzpartei in Betracht, die unbedingt einen Rechtsanspruch auf die Teuerungszulagen hätten. Es folgten dann längere Auseinandersetzungen über die rechtliche Seite dieser Frage, in welche auch die Regierung wiederholt eingriff.

Die Sozialdemokratie verlangte volle Ausnützung der Steuerkräfte der Kirche; im übrigen habe sich die Kirche über die Behandlung in der Republik nicht zu beklagen. Die Demokratie erklärte sich für Bewilligung der Summe, die Unabhängigen dagegen.

Der Kultusminister erklärte noch: Die Religionsgemeinschaften wären nicht in der Lage gewesen, die Teuerungszulagen aufzubringen, da die alten Statuten noch bestehen; erst im Sommer würden sie die neuen erhalten. Der Staat unterstütze viele Bestrebungen und auf dem kirchlichen Gebiete behandle er Freireligiöse in gleicher Weise wie Katholiken. Auch der Reichstag habe ähnliche Beschlüsse gefaßt. Später würden die Beträge vermindert, gegenwärtig sollten sie aber bewilligt werden.

Die bemerkt, wurde die Abstimmung ausgesetzt und die sonstigen Positionen des Nachtrages nach kurzer Aussprache über die Gewerkschaftsfrage und die zweckmäßigste Art der Verwendung der zu unterziehenden Arbeitslosen genehmigt.

Landbundweihen

In einer Polemik gegen das Zentrum weist „Der Landwirt“, Wochenblatt des Badischen Landbundes, darauf hin, daß die Zentrumskolonnen über 23 (gehaltenspendende) Beamte (Staats-, Kirchen-, Schul- und Privatbeamte) genehmigt 11 selbstständig wirtschaftende Abgeordnete verfügt. Hierbei rechnet das landbündlerische Organ auch Gewerkschaftssekretäre, Lagerhalter, Maschinenisten usw. zu den „Beamten“, also Leute, die weit entfernt von dem sind, was man normalerweise unter Beamtentum versteht. Für den Landbund ist eben jeder ein Beamter, der nicht über eine selbständige Existenz verfügt und gegen Entgelt beschäftigt ist. Leider verneht jedoch die heutige Wirtschaftsentwicklung diesen Personenkreis von Tag zu Tag, so daß es nur natürlich ist, wenn dies auch im Parlament zur Geltung kommt. Da der Landbund sie jedoch ganz besonders gnädig findet, muß man fast glauben, er sehe in den besetzten Gruppen Menschen minderen Rechts.

Soziale Rundschau

Badischer Vertretertag des Eisen-Vorkriegsigen Hilfsbundes

Am 25. und 26. Februar fand der diesjährige Vertretertag der Landesgruppe Baden des Hilfsbundes vertriebener Eisen-Vorkriegsigen in Offenburg statt. Beisitzig waren daraus 25 bad. Ortsgruppen des Hilfsbundes mit 41 Vertretern. Die Verhandlungen leitete der 1. Vorsitzende der Landesgruppe, W o n g a r k -Freiburg. An den Verhandlungen nahmen ferner teil Vertreter der Verbände, sowie die Leiter der in Baden jetzt bestehenden 5 Vorkriegsgruppen. Herr W o n g a r k erstattete den Jahresbericht und gab dabei ein übersichtliches Bild der Verhältnisse der Eisen-Vorkriegsigen in Baden. Zusammengefaßt waren in 25 Ortsgruppen Badens am 31. Dezember 1921 rund 5000 Vertriebene mit zusammen etwa 25.000 Familienangehörigen. Seit Gründung der Landesgruppe ist Freiburg ihr Vorort. Mit großer Genugtuung stellt der Vorsitzende fest, wie energisch die Vertriebenen und die Ortsgruppen den Abbau der Härte durch eigene Arbeit ermöglicht hatten, wie rasch sich überhaupt der gute Geist bei den Vertriebenen wieder gefunden habe. Vieles sei im letzten Jahre erreicht worden, um vieles müßte aber noch fortgeschritten werden. Die Verhandlung gab dem Dante an den ersten Vorsitzenden beredten Ausdruck und wählte Freiburg zum Vorort wieder. Desgleichen wurde auch der bisherige Vorstand einstimmig wiedergewählt. Reichsleiter Dr. K a r l e n b e r g teilte über den Stand der Vorkriegsigen zur Zeit bestehenden in Baden nur noch zwei Vorkriegsgruppen, Freiburg und Karlsruhe. Die Zahl der in Vorkriegsgruppen bestehenden Personen war Ende Dezember schon auf 200 gesunken. In der Hauptsache handelte es sich dabei um sehr alte oder gebrechliche und vollständig erwerbsunfähige Personen. In den am Sonntag vormittag geführten Verhandlungen der Vertreter der Landesgruppe berichtete der Vorsitzende über den Stand der Liquidationsabwickelungsarbeiten. Der Vorkriegsigen zu einem solchen Gesetze kritisierte er aufs schärfste, da er beinahe die Konfiskation des Privatvermögens der Vertriebenen vorsehe. Erfreulicherweise habe aber das Vorhaben der Vereinigten Verbände der Geschädigten die Regierung bereits veranlaßt, neue Wege für die Entschädigung zu suchen. Im Anschluß an einen Vortrag des Geheimen Justizrats W i r z über die Überleitung des Vorkriegsigenüberfahrens in das Entschädigungsverfahren und des Reichsanwalts Dr. S t e i n e r über die Vorprüfung und die Vertretung der Vertriebenen fand eine eingehende Besprechung statt, in der zahlreiche Punkte geklärt und wichtige Fragen beantwortet werden konnten. Nach Erledigung einer Reihe von geschäftlichen Angelegenheiten und nachher aus der Verhandlung noch einmal dem Vorstande herzlich gedankt worden war, schloß der Vorsitzende gegen 2 Uhr mittags die Verhandlungen mit dem Hinweis darauf, daß diese allen Beteiligten neue Kraft, neuen Mut und neue Hoffnungen gebracht hätten.

Die Lage des Arbeitsmarktes

Infolge der günstigen Witterung, die eine Wiederaufnahme von Bauarbeiten in größerem Umfang ermöglichte und auch zu Neueinstellungen bei Erd- und Waldarbeiten führte, ist die Zahl der unterliegenden Erwerbslosen von 230 in der Vorwoche auf 151 zurückgegangen. — Facharbeiter sind in der Metall- und Maschinenindustrie nicht immer in genügender Zahl verfügbar, während an weniger geübten Arbeitkräften weiterhin ein Ueberschuß besteht. — Die Lage in der Textilindustrie ist gegenüber der Vorwoche unverändert. — Das Holz- und Schnitstoffgewerbe weist einen anhaltend lebhaften Geschäftsgang auf. — Im Bekleidungsgebiete hielt die überaus starke Nachfrage nach Schneidern an. Das Schuhmachergewerbe war nicht für alle vorhandenen Arbeitskräfte aufnahmefähig; auch herrschte teilweise ein Ueberschuß an Friseurinnen.

Wegen Arbeits- und Rohstoffmangel mußten 3 Betriebe geschlossen werden, wovon 51 Männer und 29 Frauen betroffen sind. Dagegen konnten 100 Männer bei anderen Betrieben neu eingestellt werden.

Aus der Partei

1. Durmersheim, 5. März, Sonntag, 20. Februar, fand die ordentliche Generalversammlung des sozialdem. Wahlvereins statt. Auf der Tagesordnung standen 4 Punkte: 1. Protokoll, 2. Geschäfts- und Tätigkeitsbericht, 3. Kassenbericht und 4. Neuwahl des Gesamtvorstandes. Den Geschäftsbericht erstattete Vorsitzender Genosse Leopold S a i k; abgehalten wurden 13 Mitglieder- und 3 öffentliche Versammlungen, 2 Bildungs- und 2 Lichtbildvorträge, sowie 2 größere Festlichkeiten (Rai- und Weihnachtsfeier). Festgestellt wurde auch, daß der Versammlungsbesuch im letzten halben Jahr ein wenig flau war, weshalb den Parteigenossen ans Herz gelegt sei, die Versammlungen und Veranstaltungen der Partei wieder besser zu besuchen. Den Kassenbericht erstattete Genosse Wilhelm M a n z; die Kassenverhältnisse sind befriedigend und konnte nach dem Bericht der Revisoren dem Kassier Entlastung erteilt werden. Der Beitrag zur Sterbefälle betrug 1 M bei einer Auszahlung von 100 M pro Sterbefall, von jetzt ab 5 M bei einer Auszahlung von 500 M pro Sterbefall. Punkt 4 Neuwahl des Gesamtvorstandes: die ganze Verwaltung wurde einstimmig wiedergewählt, ein Beweis dafür, daß die Genossen ihre Pflicht im letzten Jahre erfüllt haben, sie werden sie auch weiterhin erfüllen.

Unterwiesheim, 6. März, Sonntag, 5. März, sprach Gen. F a l g g r a f -Durlach über Wirtschaftsprobleme. Die Versammlung war ziemlich gut besucht, doch hätte der Besuch besser sein dürfen. Es sollte kein Genosse bei solchen Vorträgen fehlen. Gen. Falggräf erzielte großen Beifall.

Gemeindepolitik

St. In der am letzten Samstag stattgefundenen V e r g e r a u s s u h s s i t z u n g standen folgende Punkte auf der Tagesordnung: 1. Anschaffung eines Motors für den Farrenstall, 2. Einrichtung der Wohnbaracke mit elektr. Licht, 3. Milderung der Beiträge zur Landwirtschaftskammer, 4. Erhebung eines Gemeindebezugslozes zur Hundsteuer, 5. Erhebung einer Nachtragsumlage für das Jahr 1921/22, 6. Befolgung der Gemeindebeamten, 7. Erhöhung der Tagelöhner der Gemeindebeamten bei auswärtigen Dienstgeschäften. — Die Punkte 1-5 wurden, wie von dem Gemeinderat vorgeschlagen, einstimmig angenommen. Die Gehälter der Gemeindebeamten wurden nach langer lebhafter Auseinandersetzung mit den bürgerlichen Parteien, wie von den Beamten gefordert, bewilligt. Auch die Tagelöhner wurden entsprechend erhöht. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde von unserer Seite der schriftliche Antrag gestellt, daß vom Schuljahr 1922 ab die V e r m i t t l e r für die Schüler der hiesigen Volksschule die Gemeinde übernimmt. Obwohl es auf Seiten der bürgerlichen Parteien an der nötigen Einsicht nicht fehlte, wurde unser Antrag gegen unsere Stimmen abgelehnt.

Kleine badische Chronik

* Forstheim, 7. März. Am 30. Juni wird die „Goldstadt-Week“ eröffnet werden, die zugleich die Gedenkfeste für den 100. Todestag Neuhüttings einleiten soll. Es wird damit gerechnet, daß bis zu diesem Tag auch das Neuhüttingsmuseum am Schloßberg fertiggestellt ist. Geplant sind u. a. eine Modellbahn, ein Blumenorso und eine umfangreiche Ausstellung der Forstheimer Spezialindustrie.

* Heidelberg, 7. März. Beschlössen wurde gestern ein junges Arbeitermädchen auf der Bahnfahrt von Kirchheim nach Heidelberg, indem ihr 2500 M aus der Taschentische genommen wurden. Der Diebstahl trifft das Mädchen besonders hart, da es schon seit vier Jahren krank darniederlag und sich das Geld mühsam beschafft hatte, um ihre vor einigen Monaten erlittene Operation und die ärztliche Behandlung zu bezahlen. — Diebstahl. In der Nacht zum 3. ds. Mts. wurde von einem durchreisenden Täter seine silberne Goldbrillenscheibe gestohlen.

* Ostersheim, 2. März. Die Scheune der Genossenschaft Hofmann bürzte heute mittag infolge des großen Sturmes zusammen.

* A. Sasbach bei Adern, 6. März. Ein Herdediebstahl wurde in der Nacht von Freitag am gleichen Tage das Vieh im Stalle zeigen ließ, nahm seinen Weg mit dem geschloffenen Pferde nach Baden-Baden, wo er aufgegriffen und festgenommen wurde.

* Niesel, 7. März. Eisenbahnunfall. In dem Straßenübergang über die Bahnlinie bei der hiesigen Dampfstation gab es veranngene Nacht eine kleine Eisenbahnkatastrophe. Zwei aneinanderhängende, mit Schotterballast beladene Wagen des Landwirts Jakob Fuglin in Königsbachhausen posierten die Gleise, als ein aufwärtsabender Güterzug heranbrauste. Die Wagen erlitten eine Scherung, beide Wagen wurden zertrümmert und das Schotterballast weilsam auf die Bahnlinie geschleudert. Ein Glüh im Unklug war es, daß weder der Fuhrmann noch die drei Pferde verletzt wurden.

* Schönwald bei Hartmannsberg, 7. März. Das seit dem Weltkrieg geschlossene Kurhotel Victoria ist an den Zentralbergbau der badischen Gemeindebeamten auf 15 Jahre verpachtet worden, der das Hotel zur Ausdehnung seines schon mit dem Kurhotel „Zum Adler“ begonnenen Beamtenerholungsheimunternehmens verwenden wird.

* Güttenbach bei Hartmannsberg, 7. März. Der 44jährige Landwirt A. B u r t h o r n wurde beim Ausroden von Baumstümpfen von einem Stiel an den Kopf getroffen und sofort getötet.

* Konstanz, 7. März. Einen schweren Verlust erlitt vor einigen Tagen in einem hiesigen Beinhof ein Münchener Metzgermeister. Er hatte schließlich eine Fehle von 4000 M gemacht, die er auch bezahlte, da er aber das Total nicht gutwillig verlassen wollte, so sollte er an die frische Luft gesetzt werden. Bei dem dabei entstehenden kleinen Ringkampf zog der Münchener seinen Hod aus. Als er schließlich wieder in den Besitz des Hodes kam, fehlte die Wristtasche mit 60.000 M barrem Geld.

Jugend und Sport

Abschluß der Serienspiele, Sonderklasse Karlsruhe, 1. Mannsch.

Spiele	gew.	verl.	un.	Tore	Punkte	
K. Karlsruhe	15	13	1	1	53-13	27
F. E. M. Durlach	15	10	3	1	40-9	23
K. A. Aue	15	10	4	1	27-18	21
K. A. Dagsfeld	15	10	5	—	41-25	20
K. S. M. Karlsruhe	15	4	11	—	10-37	8
K. G. Union Karlsruhe	15	3	11	1	18-15	7
K. A. Ruppurr	15	2	19	2	15-57	6

Emil Hägelte, Gruppenleiter.

Karlsruher Wohnungsmarkt

mit amtlicher Vordringlichkeitsliste und Wohnungsanzeigen Einzelnummer Nr. 1.50 Geschäftsstelle des „Volkstreund“.

Aus der Stadt

Karlsruhe, 8. März

Geschichtskalender

8. März, 1890 Der Dichter Hermann Conradt in Würzburg. — 1917 Revolution in Petersburg. — 1921 Der spanische Ministerpräsident Dato in Madrid ermordet.

Karlsruher Parteinrichten

Bezirk Weststadt. Unsere nächste Bezirksversammlung findet am Sonntag, 12. März, nachmittags 4 Uhr, im „Bierleimberg Hof“ statt. Genosse Schulz wird einen Vortrag halten über „Wege zum Sozialismus“.

Widmungsausschuss. Auf den heute abend 8 Uhr im „Elefanten“ stattfindenden Vortrag des Gen. Dr. Volke über „Nichterwahl“ sei nochmals hingewiesen mit der Bitte um zahlreiches Erscheinen.

Bürgerausschuss-Vorlagen

Zinsausgleichung für die Mitglieder der „Dawifa“. Zur Förderung des bargebliebenen Verkehrs und zur Abgabe von Darlehen an Gemeindefürsorge für außerordentliche Bedürfnisse, sowie zur Unterstützung von Wohlfahrtsvereinigungen für Gemeindefürsorge ist von dem badischen Städteverband, der Girozentrale der badischen Einzelhändler und dem Zentralverband der Gemeindefürsorge Baden S. V. eine Gesellschaft m. b. H. unter der Firma „Dawifa“ G. m. b. H. (Darlehens- und Wirtschaftslasse) gegründet worden.

Erhöhung der Straßbahnfahrpreise. Der Stadtrat schlägt dem Bürgerausschuss folgende neuen Beförderungsbedingungen vor: Einmalige Fahrtscheine: Bis 5 Teilstrecken 2 M., über 5 Teilstrecken 3 M., Fahrtscheine: Bis 2 Teilstrecken (19 Scheine) 14 M., bis 5 Teilstrecken (19 Scheine) 20 M., über 5 Teilstrecken (19 Scheine) 28 M.

Einbau des Archibgebäude für das städtische Arbeitsamt. Das städtische Archibgebäude in der Gartenstraße soll für die Unterbringung des städt. Arbeitsamtes umgebaut und durch Anbau eines Flügels erweitert werden. Die Kosten werden auf 2 Millionen Mark veranschlagt, wovon 1.040.000 M. auf den Umbau und die Einrichtung, wovon 1.040.000 M. auf den Anbau entfallen.

Veranlagungssteuer. Nachdem die Frist zur Erlassung einer Veranlagungssteuerordnung feierlich auf den 31. März festgesetzt worden ist, ergeht nun hierüber Vorlage an den Bürgerausschuss. Der Entwurf lehnt sich im allgemeinen an die Bestimmungen des Reiches an. Freude wird die Vorlage bei den Vereinen usw. nicht finden. Bemerkenswert ist, daß das Landestheater in Zukunft von der Steuer befreit ist.

Warum gibt es so viele kranke Frauen? Ueber dieses Thema referierte gestern abend im überfüllten Rathhause der Vorsitzende des Verbandes für Volksgeundheit, Herm. Wolf aus Dresden. Der Vortrag fand recht gute Aufnahme und der Verlauf der Versammlung war ein vorzüglicher; es konnte eine Ortsgruppe des Verbandes gegründet werden. Wir werden morgen eingehender berichten.

Deutscher Musiker-Verband. Wie aus dem Anzeigenteil des Blattes ersichtlich ist, veranstaltet die Ortsverwaltung Karlsruhe heute Mittwoch abend in den Räumen des Kaffeehaus ein Sonderkonzert, dessen Ertrag für die in Bildung begriffenen Orchesterchulen bestimmt ist. In einem in den Tagesbeilagen erschienenen Artikel wurde Zweck und Ziel dieser Schulen eingehend behandelt. Da auch in Karlsruhe die Gründung eines derartigen Institutes geplant ist, entweder selbstständig oder im Anschluß an das Landeskonseratorium, so ist zu erwarten, daß das hiesige Publikum den zum Zwecke der Finanzierung geplanten Veranstaltungen reges Interesse entgegenbringt.

Alterstische. Kürzlich fanden hier Sitzungen der Orts- bezw. Landesauschüsse des Badischen Frauenvereins statt, um in den nächsten Monaten eine große Sammlung zur Unterstützung der alten Leute in die Wege zu leiten. Träger dieses Unternehmens sind zunächst die verschiedenen Verbände der freien Wohlfahrtsvereine, die mit den kommunalen und staatlichen Behörden eng zusammenarbeiten.

Die Galerie Meiss, Karlsruhe, Kaiserstraße 187, zeigt vom 1.-31. März 1922 neue Gemälde von Otto Bräuer, J. Dill-Rothburg, B. Semping, B. Hise, R. J. Heide, J. Heide, R. Mathes, Prof. W. Wolf u. a. Ferner sind neu ausgestellt: Expressionistische Aquarelle von Albert Müller-Stuhart und Radierungen aus dem Vatikan von Ernst Oppler-Berlin.

„Kiefer-Marsch“ betitelt sich die neueste Komposition von Kapellmeister R. S. Oberdorfer vom Kolosseum in Dresden, die er mit Herrn Direktor G. Kiefer gemeldet. Der Marsch erklingt benanntlich im Druck für Klarinette und ist jetzt täglich im Kolosseum zu hören.

Wasserstand des Rheins. Schiffsverkehr 150; Reich 264, gef. 3; Maxau 446, gef. 5; Mannheim 352, gef. 2; Rastatt, 7. März, 208 Zentimeter.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 8. März. Voraussichtliche Witterung: Meist trübe, zeitweise Neberschübe, im Gebirge in Schnee übergehend, noch häufig, zeitweise böig, nordwestliche Winde.

Rekte Nachrichten Die Einigkeit im deutschen Eisenbahnerverband feststehend

Vom 4. bis 6. März tagte in Berlin der aus 75 Vertretern aller Eisenbahndirektionsbezirke zusammengesetzte erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahner-Verbandes. Besprochen wurde der verlorene Streik der Reichsbahnwerkstoffe und die gegenwärtig eingeleitete Lohn- bezw. Gehaltsbewegung. Nach einer ausgedehnten Diskussion wurde gegen 3 Stimmen ein Beschluß gefaßt, der die Haltung des engeren Vorstandes während der Streikbewegung billigt und ihm das Vertrauen ausdrückt. Die drei gegen den Vorstand gerichteten Stimmen entfallen auf kommunistische Mitglieder. Besprechend aber ist, daß von den 75 Vertretern nur vier der kommunistischen Partei angehören, von denen einer sich bei der Abstimmung noch der Stimme enthielt. Vergleichlich man mit diesem Resultat die Wadenschaften der kommunistischen Presse, die in den letzten Tagen von einer Schwelung des Deutschen Eisenbahner-Verbandes Mitteilung machte, so erkennt man, wie armstellig es um die kommunistischen Herrschaften bestellt ist. Die Tagung des erweiterten Vorstandes hat gezeigt, daß die angebliche Spaltung des Deutschen Eisenbahnerverbandes nur in der Phantasie der Kommunisten besteht. Die Einigkeit, die der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes in der Vertretung der Streik- und Gehaltsbewegung, die bisher unternommenen Schritte wurden gebilligt und der Verhandlungskommission freie Hand gelassen.

Zwangsanleihe und Gewerkschaften. Berlin, 7. März. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hatte eine fünfgliedrige Kommission eingesetzt, die mit der Denkschrift des Reichsfinanzministers über die Zwangsanleihe sich befassen soll, die die Verhandlungen mit der Kommission führen soll. Entgegen anders lautenden Meldungen haben die Gewerkschaften die Einladungen zu den Verhandlungen, die am Donnerstag nachmittag 4 Uhr beginnen sollen, angenommen.

Der Erlös für die deutschen Schiffe. Berlin, 7. März. Vonseiten der Regierung wurde mitgeteilt, daß der durch den Verkauf der deutschen Schiffe erzielte Betrag 20.067.902 Pfund Sterling beträgt, von denen 12.869.036 Pfund Sterling bezahlt worden seien. Der Restbetrag werde größtenteils innerhalb zweier Jahre bezahlt werden.

v. Röhne unschuldig? Aus Berlin kommt die merkwürdige Nachricht, daß der Rittergutsbesitzer v. Röhne jetzt, da die bisherigen gerichtlichen Ermittlungen seine Schuldlosigkeit ergeben haben, gegen die Wälder, die entstellende Nachrichten über die Röhne in Bekow verbreitet haben, laut „Deutscher Allgemeiner Zeitung“, Strafantrag stellen, desgleichen gegen die Hauptredner in der Röhne-

bower Protestversammlung, einen Mehrheitssozialisten und einen Unabhängigen.

Wir können nach dem, was über die jungerlichen Wälder deren v. Röhne in den Zeitungen bekannt wurde, vorläufig nicht glauben, daß das Unterfuchungsverfahren wirklich mit der Erklärung der Schuldlosigkeit der beiden schließlichen Ritter auf Bekow geendet hat. Es ist zwar bei Gott kein Ding unmöglich, denn Herr v. Röhne hat ja einen Arbeiter über den Haufen geschoben und nicht der Arbeiter Herr v. Röhne. Es wäre aber in dem Falle gut, wenn Herr v. Röhne seine Drohung wahr machen würde und alle deutschen Zeitungen verlangen würde. Er kann dann vielleicht doch eine Wiederaufnahme des Verfahrens erleben.

Kommunistenklaun im preußischen Landtag

Berlin, 7. März. In der heutigen Sitzung des preußischen Landtages kam es bei der Fortsetzung der Beratung der Antizipations- und Auslieferungsgesetze zu einem Zwischenfall. Der kommunistische Abgeordnete Schulz erwiderte in seinem Schlusswort, Präsident Reiner habe die Abgeordneten und die Kommunisten zu einem Bierabend geladen und ausdrücklich um Antizipation der Tagesordnung nichts zu tun habe. Abg. Schulz aber fuhr fort: Die Antwort soll dem Präsidenten werden. Ich werde ihm die Einladung mit Verachtung ins Gesicht werfen, und tatsächlich warf er dem Präsidenten die gescheiterte Einladung zu. Dieser Vorgang wurde von der Mehrheit mit stürmischen Entrüstungslautgeden begleitet.

Schweres Schiffsunglück

Berlin, 7. März. Der Dampfer „Kronland“, der heute aus Rønne in England eintraf, berichtet, daß er im Ozean ein Notsignal des deutschen Dampfers „Gautost“ (?) erhalten habe. Verschiedene Schiffe waren innerhalb 2 Stunden zur Stelle, konnten jedoch von dem deutschen Dampfer kein Zeichen mehr entdecken. Auch andere Schiffe im atlantischen Ozean berichten, daß der deutsche Dampfer, der während des Sturmes der letzten Nacht Notsignale ausstrahlte, gesunken sei, bevor Hilfe gesandt werden konnte. Das Schicksal der Besatzung ist nicht bekannt. Bevor der Dampfer sank, leitete er durch Signale mit, daß alle Rettungsboote gerettet seien.

Die Notlage der Presse

Berlin, 7. März. Die unaufhaltsam und in bedauerlicher Weise sich weitverbreitende Wirtschaftskrise der deutschen Presse hat den Verein Deutscher Zeitungsverleger (Verbandspräsident Dr. H. H. H. H.) gezwungen, für Montag, den 13. März 1922, eine außerordentliche Hauptversammlung nach Weimar (Saal der Erlangung) einzuberufen, an der teilzunehmen er auch die Zeitungsverleger bitten, die ihn nicht als Mitglied angehören. In dieser Versammlung soll die Gesamtheit der deutschen Zeitungsverleger Stellung zu der besorgniserregenden trübsinnigen Lage der deutschen Presse nehmen und Maßnahmen beraten, die geeignet sind, einer Zeitungsverlegerkatastrophe vorzubeugen, die unser nationales und wirtschaftliches Leben in seiner Grundlage erschüttern muß.

München, 7. März. Die hier abgehaltene Generalversammlung des Landesverbandes der Bayerischen Presse nahm einstimmig eine Entschließung an, die sich gegen die sprunghafte und fortgesetzte Erhöhung des Zeitungspapierpreises wendet, den Reichsbehörden zum Vorwurf macht, die Presse in ihrem Kampf gegen die Papierüberzeugung völlig im Stich gelassen zu haben und den Reichsverband der deutschen Presse ersucht, in den Abwehrkampf gegen die Papierüberzeugung mit aller Schärfe einzutreten. Ferner wurde gegen die Inkonsistenz der Stellung genommen.

Briefkasten der Redaktion

W. Heideheim, Karlsruhe 244 M. Schriftleitung Georg Schäfflin. Verantwortlich: für Artikel, politische Berichterstattung und Nachrichten Hermann Kober für politische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Neuesten Germander Winter; für Aus der Stadt, Gemeindepolitik, Sozialer Rundschau, Genossenschaftsberichte, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Kober; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Bis zu 4 Seiten Vereinsanzeiger Bei 5 und mehr Zeilen Nr. 2.— die Zeile Vereinsanzeiger Nr. 2.50 die Zeile Vereinsanzeiger finden unter dieser Rubrik keine Aufnahme.) Karlsruhe. (Freie Turnerschaft E. V. W. W. W. W.) Donnerstag abend 1/2 9 Uhr findet im Lokal zum „Hirsch“ eine wichtige Abteilungsverammlung statt. Es wird jedem Mitglied zur Pflicht gemacht, zu erscheinen. 2868 Die Abteilungsleitung.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Ehegeschickungen. Ulrich Reininghaus von Dortmund, Dipl.-Ing. alda, mit Elisabeth Brunnquell von Bad. Germander Schnepf von Mannheim, Ehegatten hier, mit 2114 Geburten, von hier. Geburten. Elfriede, Vater Gg. Sed, städt. Arbeiter. Gerbert Josef, Vater Maximilian Raudenbühl, Ledemeister. Lorenz Emma, Vater Andr. Geßel, Justizobersekret. Sophie, Vater Andr. Schick, Kaufm. Helmut Karl, Vater Karl Schmarz, städt. Arbeiter. Ursula Wilhelmine Maria Marianne, Vater Franz Berger, städt. Arbeiter. Maria Camilla, Vater Friedr. Mathes, händler, Kaufm. Friedrich Alfred Max, Vater Dr. Alfred Berberle, Regierungsrat. Alfred Paul Geisler, Vater Jos. Geisler, Fabrikarbeiter. Wolfgang Fridolin, Vater Anton Barth, Posthausbesitzer. Todesfälle. Johann Benel, Kaufmann, Chemann, alt 55 Jahre. Josef Bach, Polizeierst. Wilmmer, alt 77 Jahre. Jakob Willm, Oberpostkassierer, Chemann, alt 64 Jahre. Gertrude Sollenbacher, Telegraphengehilfin, alt 20 Jahre. Geburtstag, alt 2 Monate 10 Tage, Vater Frz. Josef Geisler, Posthilfs-Schaffner. Beerigungszeit und Trauerhaus erwachsener Verstorbenen. Mittwoch, den 8. März, 2 Uhr: Josef Bach, Pol.-Serg. Friederichstr. 17. 1/2 9 Uhr: Joh. Jakob Willm, Oberpostkassierer, Grenzstr. 6. 1/2 9 Uhr: Johann Benel, Kaufm., Kriegerstr. 20. 4 Uhr: Frieda Adler, Dienstmädchen, Romadanklage 1. 1/2 9 Uhr: Gertrude Sollenbacher, Telegraphengehilfin, Waldhörnstr. 1a.

Parteienoffen und Leser des „Volksfreund“

Berücksichtigt bei euren Einkäufen die Geschäftliche Rundschau! Kauft nur bei den Geschäftsleuten, die euer Presse mit Anzeigen unterstützen!

Baden-Baden

Rheinische Creditbank
Filiale Baden-Baden.
Telephon: 1180 - 1190 - 1580 - 1581 - 1582 - 1584 - 1585.

Süddeutsche Diskonto-Gesellschaft A.-G.
Filiale Baden-Baden
Luisenstraße 3 (gegenüber der Trinkhalle).

Bankhaus Carl T. Hermann & Co.
Sofienstraße 6. Telephon 101 u. 704.

Karl J. Kessel Baden-Baden
Sofienstr. 22, Tel. 603.
Kaufm. Sachverständiger u. Treuhänder

Detektiv Rulo Baden-Baden
Ludwig Wilhelmstrasse 22 - Welt-Auskunftei
Ermittlungen jeder Art
Reell 343 Telefon 343 Diskret

SPEZIAL-HUT-GESCHAEFT
KARL BEHRLE
LANGESTR. 14 TELEPH. 892

Färberei u. Chemische Waschanstalt
Friedrich Thomas (Gegründet 1873).
Sofienstrasse 21, Baden-Baden.

Hotels, Restaurants, Café u. Vergnügen

Hotel „Europäischer Hof“

„Kurhaus - Restaurant“
Weingroßhandlung.
Zweiggeschäft:
Städtisches Merkur-Restaurant.

Brenners Kurhof

Hotel Russischer Hof
Haus I. Ranges
das ganze Jahr geöffnet

Im Quellenhof (Erdgeschoss):
ALTE BADISCHE WEINSTUBE
„Im süßen Löchel“
Spezialität: Bad. Landweine vom Fuß
Bekannt durch Küche und Keller

HOTEL ATLANTIC
an der Lichtentaler Allee
Fließendes Wasser - Bäder - Appartements

REGINA-HOTEL
P. KEPPELER
VORNEHMSTES FAMILIEN-HOTEL

HOLLAND-HOTEL
das erstklassige Familien-Hotel
Geöffnet vom 1. März bis 1. Dezember.

HOTEL DREI KÖNIGE
Südlage. Nähe des Kurhauses und der Kur-
Anlagen. Neuzustand eingetrickelt. Central-
heizung. Das ganze Jahr geöffnet.
L. August Hoffmann.

Hotel Schwarzwaldhof
Wein- und Bier-Restaurant. Gut bürgerl. Haus
In nächster Nähe der Bade-Anstalten
Telephon Nr. 9
A. Waidelo.

Hotel und Badhaus
„Zähringer Hof“
Vornehmes, behagl. Familienhotel, Thermalbäder
- Grosser Park -

Peter's Badhotel „Zum Hirsch“
das ganze Jahr geöffnet. Eigene Thermal-
Bade-Anstalt. Pensionspreis

Hotel Schweizerhof, rechts am
Bahnhof
Gut bürgerl. Haus. Centralheizung, elektr. Licht
Das ganze Jahr geöffnet. Tel. 511. Bes: Max Hoffmann

Hotel Markgräfler Hof, Besitzer
J. Reichelbeck
gegenüber dem Bahnhof
Gut bürgerl. Haus. II. Qualitätsweine. gute Küche

Trocadero-
Künstler-Spieler
Baden-Baden
Kinema - Palast
Gernsbacherstraße

Geschäftliche Rundschau u. Zeitungs-Dauer-Fahrplan G. Musterschutz

Möbelhaus Kaiserhof
Baden-Baden, Sofienstrasse 22
Billigste Bezugsquelle in Wohnungs-Einrich-
tungen, Teppichen, Möbelstoffen, Gardinen.

Partiewarenhaus
Jos. Cötzel
Herrn- und Damenbekleidung, Wäsche, Stiefel
zu bekannt billigen Preisen.

Table with columns for destinations: Pforzheim, Bruchsal, Schwetzingen, Kitzingen, Rastatt, Durmersh., Maxau-Pfalz, Eppingen. Rows for train types: W, D, S, L.

Rheinholdt-Haus Baden-Baden
Inh.: Erich Batschari
Aeltestes und grösstes Spezialhaus Badens für
Cigaren Cigaretten Rauchtobake
Man verlange Preisliste!
Für Wiederverkäufer günstigste Sonderpreise.

Kleidung Schuhe Putz
Eduard Amend
Telef. 1082 B.-Baden Langestr. 8
Herren- u. Knaben-Konfektion, Herren-Artikel

Geschwister Knopf
Grösstes Kaufhaus am Platze

Jos. Meermann
Gernsbacherstr. 13 u. 15 Tel. 770
Weiß-, Woll- und Modewaren.

C. F. KOPF
Langestraße 8 - Telephon 266
Spezialhaus f. Gardinen
Anfertigung nach Angabe.

Ludwig Finzer
Lichtentaler-
strasse 3
Wäschehaus für Damen und Herren.
Eigene Werkstätten Aussteuern.

Albert Fromherz
Manufaktur
Modewaren
Konfektion.

Fridolin Weißhaupt
Langestr. 29
Herrenkonfektion u. Maßarbeit.

Modehaus Gebr. Schmidt
Damenkonfektion, Kleiderstoffe, Seidentoffe

Carl Beck, Wilhelmstraße 4
Manufaktur und Modewaren
Aussteuer-Artikel Herren-Anzugstoffe

E. JACOBY Sofien-
str. 14
Erstes Haus für Damen-Moden.

Kleiderstoffe, Seidentoffe, Damenkonfektion
E. Lorentz, Lichtentalerstraße 25

Joh. Schnürle, Langestraße 50
Schuhwaren Mass und Reparaturen.

Schuhhaus Karl Groß
Baden-Baden, Weststadt
empfiehlt sein reichhalt. Lager zu billigen Preisen

Genuß- und Lebensmittel, Zigarren

Kaufhaus Jos. Huck
12 Langestraße 12
Billigste und beste Bezugsquelle für alle
Artikel des täglichen Bedarfs.

Telephon Adolf Kaufmann Insel-
str. 4
Fisch-, Wild- und Geflügelhandlung.

Leo Kah, Metzger u. Wurstlerei
Langestraße 29 Telephon 10.
Amelunxen, Langestr. 31
Spezialgeschäft feiner
Fleisch- u. Wurstwaren

A. Walter
Landesprodukten-
Großhandlung.

Joseph Suher
41 Langestr. 41
Telephon 904
Kolonial-
Delikatesswaren

PIANOS
Mäßige Preise
Hermann
Langestr. 58 Tel. 873

Kaufhaus Emil Nachmann Gernsbach (Baden)

Billigste Bezugsquelle für
Manufaktur, Weißwaren,
Herren- und Damenkonfektion
Möbel, sämtliche Aussteuerartikel

Rud. Heilenmann, Sofienstr. 3a
gegenüber der Reichspost am Leopoldplatz.
Spezial-Haus feiner Herren-Moden.

Josef Schneiderberger, Langestr. 20
Schuhwaren. Eigene Werkstatt.

Sägewerke Baden-Baden
G. m. b. H.
Baden-Baden - Geroldsau
Telephon 268.

Ettingen
A. Streit Manufaktur
Modewaren

Joh. Seiter, Ettingen
Hut-, Mützen-, Schirm- und Sport-Artikel.
Hut- und Schirmreparaturen.

Futterartikel, Kunst-
däcker, Sämereien
Gross- und Klein-Verkauf.
Ludwig Jaeck,
Pforzheimerstrasse 88.

Max Falk
Kolonialwaren
Mehl u. Futtermittel

Rentschler Söhne, Sägewerk
G. Schneider & Söhne
Ettingen bei Karlsruhe

Grosses Lager in Papieren und Kartons
aller Art für sämtliche Verwendungszwecke.
Kaufhaus Freund & Co. Carl Becker, Schuhwaren
Ettingen. Reparaturen jeder Art.

Hack & Blau
Eisenwaren-Fabrik
Telefon 47.

Loeser & Leonhardt
Diamantwerkzeugfabrik.

Eisen- u. Metallgießerei
G. m. b. H., Ettingen. Telephon 144.
Beste hand-
habungssichere Sprengstoffe
für alle Zwecke

wie Ammonsalpeter-Sprengstoffe, Silvit-Pikrin-
Sprengkörper, Sprengpulver, Sprengsalpeter,
Sprengkapseln, Zündschnüre, elektr. Zünder,
Zündapparate, Leitungsprüfer, Leitungsdraht etc
(Baden)
Pulverfabrik Ettingen Tel. Nr. 8.

Durlach
Lederfabrik Durlach
Herrmann & Ettliger G. m. b. H.
Durlach bei Karlsruhe (Baden).

Weingroßhandlung
Brantwein-Brennerei - Likör-Fabrik
Eugen Scherer
Durlach (Baden).

Melang & Steponat, Durlach
Fernsprecher Nr. 89 Hauptstrasse 48-50.
Werkzeuge u. Beschläge
Haus- und Küchengeräte.

Gritzner : Durlach
Nähmaschinen - Fahrräder.

Arnold Biber
Pforzheim - Durlach
Fabrik zahnärztlicher Einrichtungen
Eisen- und Metallgießerei.

Brennmaterial sparen
Kachelöfen, Kachelherde
von Carl Roth Nachf. (E. Löw) Oos.

Wahlmann & Ebert
Baden-Geroldsau
Dampfsägewerk und Holzhandlung.

Gustav Weber otto Dieterle & cie.
Baden-Lichtental
Baugeschäft, Sägewerk, Holzlig., Innen-Dekoration

Benzwerke Gaggenau



Benztwerke Gaggenau



Sinner's Backpulver advertisement text.

Bruchkranke advertisement text.

Bois advertisement text.

Wein-Küfer advertisement text.

Wanted notice for a younger person.



Residence-Lichtspiele advertisement text.

Spielplan von Mittwoch, d. 8. bis einschl. Freitag, d. 10. März.

Das Achtgroschenmadel advertisement text.

Cello-Vortrag advertisement text.

Die Gnaplin-Quelle advertisement text.

Voranzeige Merista advertisement text.

Schirm-Reparaturen advertisement text.

Luxem-Lichtspiele advertisement text.

Die dunkle Großstadt Berlin N. advertisement text.

Bad. Landestheater advertisement text.

Kaffee BAUER advertisement text.

Spanische Weinstube Lorelei advertisement text.

Herb- und Süß-Weine advertisement text.

Palast-Theater advertisement text.

Mieter- u. Untermieter-Vereinigung advertisement text.

General-Versammlung advertisement text.

Arb.-Ges. Gleichheit advertisement text.

Lokal-Einweihung advertisement text.

Kaiser-Lichtspiele advertisement text.

Der heilige Haß advertisement text.

Fahrrad-Mechaniker advertisement text.

Rundschleifer advertisement text.

Druckarbeiten advertisement text.

Volks-Buchhandlung advertisement text.



Danksagung advertisement text.

Frieda advertisement text.

Durlacher Anzeigen advertisement text.

Konsumverein Durlach advertisement text.

Bruchfaler Anzeigen advertisement text.

Karten-Ausgabe advertisement text.

Milchpreiserhöhung advertisement text.